CDU und CSU haben nach dem Krieg sorglos mit Nazis zusammengearbeitet. Darauf hat Oskar Lafontaine heute hingewiesen; auf den NachDenkSeiten konnten Sie schon häufiger Belege dafür finden. So unter anderem hier. Der NDS-Leser Lang hat dazu eine weiterführende Mail geschickt. Siehe im Nachtrag. Ich habe mich im Interview mit RT Deutsch mit dem Thema beschäftigt. Da geht es auch um die Ost-CDU und ihre enge Verflechtung mit der SED. Und dann um die Kampagne gegen die „roten Socken“, die man ausdrücklich als verlogen bezeichnen muss. Aber offenbar war diese Kampagne so wirksam, dass die maßgeblichen CDU-Leute ihre eigene Verwobenheit mit den Mächtigen der DDR vergessen haben oder verdrängen. Deshalb ist es angebracht, etwas konkrete Nachhilfe zu leisten. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200211-CDU-und-CSU-sind-das-Opfer-ihrer-eigenen-Propaganda-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Nach der Wende haben CDU und CSU die Bürgerinnen und Bürger der DDR aus dem Westen mit Propagandamaterial überschwemmt. Sie haben, wie ich in Kapitel IV. Ziffer 1. von „Glaube wenig, Hinterfrage alles. Denke selbst.“ schildere, die Parole „Wir sind das Volk“ in „Wir sind ein Volk“ verwandelt. Sie haben auch sofort mit einer miesen Propaganda gegen ihre Konkurrenten begonnen:

Quelle: wikimedia.org, KAS/ACDP 10-024 : 5157 CC-BY-SA 3.0 DE

Das ist ein Plakat von vielen, hier vom „Demokratischen Aufbruch“, zu dem damals auch Angela Merkel gehörte. Als ich 1990 bei der Volkskammerwahl und dann bei den Kommunalwahlen sozialdemokratischen Freunden im Kreis Strausberg der DDR beim Wahlkampf half, mussten wir uns mit dieser Agitation schon herumschlagen.
Dann kam die Rote-Socken-Kampagne. Dazu der Eintrag bei Wikipedia.

Siehe hier:

Plakat der Rote-Socken-Kampagne der CDU 1994

Quelle: wikimedia.org, KAS/ACDP 10-031 : 50219 CC-BY-SA 3.0 DE

Und auch hier:

Handschlag SPD/PDS auf einem CDU-Wahlplakat aus dem Jahr 1998

Quelle: wikimedia.org, KAS/ACDP 10-001: 5001 CC-BY-SA 3.0 DE

Die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die heute in der CDU maßgeblichen Personen Opfer ihrer eigenen Nach-Wende-Propaganda gegen die SED, die Linke und gegen die SPD geworden sind, müsste sein, dass CDU und CSU endlich mit der Ausgrenzung der Linkspartei aufhören und daraus die Konsequenzen zum Beispiel auch für ihr Verhalten in Thüringen ziehen. Und nicht nur dort.

Ihre Äquidistanz zu AfD und Linkspartei ist schon deshalb albern, weil CDU und CSU sowohl Vorläufern der AfD als auch Vorläufern der Linkspartei eng verbunden waren und sind.

Als erster Nachtrag noch eine persönliche praktische Erfahrung mit Vertretern der CDU und ihrer Verwobenheit mit der SED, sozusagen als Ergänzung und Bestätigung der Vorgänge. Wahrscheinlich haben viele andere in Deutschland ähnliche Erfahrungen gemacht:

Meine verstorbene Frau Anke, Mitbegründerin der NachDenkSeiten, kommt aus Sachsen-Anhalt und dort aus einer politisch interessanten Familie: der Großonkel und Bruder ihres Großvaters war Kommunist und Bürgermeister, der (geliebte) Großvater war Sozialdemokrat und von Beruf Gärtner. Er konnte seinen kleinen Betrieb auch in der DDR weiterführen. Nach der Wende wurde seine Gärtnerei das Opfer eines Menschen, der in der DDR-Zeit dem System verbunden und HO-Geschäftsführer war. Nach der Wende wurde dieser Mensch sofort CDU-Mitglied und Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung. Beides zusammen reichte, um sich die Gärtnerei des Großvaters unter den Nagel zu reißen, übrigens PR-mäßig clever eingefädelt dadurch, dass er einen großen Fußballer aus dem Westen zum „Paten“ machte. So sind sie, die CDU-Leute, die dort das Sagen hatten, einfach clever und gewissenlos.

Als zweiter Nachtrag ein weiterführender Leserbrief zum Thema – von Reinhold Lang aus Karlsruhe:

Sehr geehrter Herr Albrecht Müller,

zur Untermauerung Ihrer Aussagen im RT-Interview und der Darstellung von Oskar Lafontaine, möchte ich Sie und alle NDS-Leser*innen auf zwei wissenschaftlich fundierte Veröffentlichungen hinweisen:

1. Andreas Eichmüller, Die SS in der Bundesrepublik. Debatten und Diskurs über ehemalige SS-Angehörige 1949-1985. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 117, Berlin/Boston 2018 (Verlag Walter de Gruyter GmbH, 320 S., 25 €), ISBN 978-3-11-057012-0

Ich zitiere: „ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lebten über eine halbe Million ehemaliger SS-Angehörige in Westdeutschland. Obwohl die SS als Organisation für die schlimmsten NS- Verbrechen verantwortlich war, konnten sich die allermeisten ihrer Mitglieder lautlos und ohne Probleme in die bundesrepublikanische Gesellschaft integrieren.“ Insbesondere zeigt der Autor anhand akribischer Quellennachweise, die Reorganisation ehemaliger SS-Angehöriger zu Beginn der 1950 er Jahre, die Aufnahme ehemaliger Waffen-SS-Offiziere in die Bundeswehr, die besonders vorteilhafte Behandlung von SS-Angehörigen in der Sozialgesetzgebung der CDU-geführten Bundesregierung, die öffentlichen Treffen der SS-Veteranenverbände (HiAG) 1953-1960 und spezielle Fälle von Höheren SS-und Polizeiführern in den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden (LKA Niedersachsen, BKA Bonn, BND).

Andreas Eichmüller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am NS-Dokumentationszentrum

München.

2. Josef Foschepoth, Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, Göttingen/Bristol 2017 (Verlag Vandenhoeck&Ruprecht, 492 S., 40,00€), ISBN 978-3-525-30181-4

Der Autor Prof. Dr. Foschepoth, früher Universität Freiburg, ist Historiker und Publizist. In seinem Buch untersucht er, auf der Grundlage bislang nicht zugänglicher Staatsakten, das KPD-Parteiverbotsverfahren von 1951-1956 der Adenauer-Regierung und kommt zum Ergebnis: Das KPD-Verbot war verfassungswidrig. Er wirft die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik auf und leistet somit einen aufklärenden Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte, indem er in einem umfangreichen Dokumentarteil die bislang unter Verschluss gehaltenen hochbrisanten Dokumente erstmals der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Insbesondere das 5. Kapitel belegt die massive Einwirkung der Adenauer-Regierung auf das Bundesverfassungsgericht und die damit einhergehenden „Geheimabsprachen“, die der Autor als „Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht“ im 7. Kapitel (S. 198ff) anhand der neuen Quellen qualifiziert. Die geheimen Absprachen und Beratungen, akribisch dokumentiert, lassen jeden Leser erschüttert und fassungslos zurück!

Soviel auch zum Lügen-Koch (CDU, Ex-Ministerpräsident von Hessen, der schon in Sachen angeblicher jüdischer Millionen-Spenden an die CDU Hessen sein Lügen-Potential zeigte). Erschütternd auch, dass die FAZ einem solchen Geschichtsfälscher ihre Spalten öffnet.

Mit besten Grüßen
Reinhold Lang
Dipl.rer.pol.
Karlsruhe